

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werktätige Volk**

Verkaufspreis: Geb. 10 Pf., Dresden
und 15 Pf. für den Postweg

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Das Volk und Zeit“ für einen halben Monat 1 Pf.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 Pf., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Pf. Rabatt für Briefbelegung 10 Pf.

Nr. 56

Dresden, Montag den 8. März 1926

37. Jahrg.

Gegenstoß der Fürsten

Wilhelm der Geflüchtete: „Fürsten Deutschlands, wahr! eure heiligsten Güter!“

Die Demokraten unter Luthers Pantoffel

Die Einzelbewegungen für das Volksbegehren
wächst mit jedem Tag. Im ganzen Reich nehmen die
Einzelbewegungen zu. Unter dem Druck dieser Bewegungen
haben, wie bereits gemeldet, die Regierungsparteien
am Freitag ein neues Kompromiß über die Fürsten-
abfindung abgeschlossen, das über die Ergebnisse der Be-
ratungen des Reichsausschusses des Reichstags hin-
ausgeht.
Der Inhalt dieses Kompromisses ist im wesentlichen
der folgende: Das Sondergericht wird aus vier Berufs-
richtern und vier Volontären zusammengesetzt, den Vorsitz
führt regelmäßig der Reichsgerichtspräsident. Die vorhan-
dene Vermögensmasse der Fürstenhäuser wird in
drei Teile geteilt. Der erste Teil wird dargelegt durch
die Hälfte, die auf einen Hofeinsatz zurückzuführen ist.
Dieser Teil fällt dem Staat zu. Den zweiten Teil stellen die
privatwirtschaftlichen Vermögensgegenstände dar, aus diesem Teil
können die Staaten diejenigen Anteile herausnehmen, die aus
historischen, volkswirtschaftlichen und gesundheitlichen Grün-
den dem Staat zugeführt werden müssen. Der dritte Teil
des Vermögens wird durch die zweifelhafte Hälfte dargelegt,
hier hat der Staat vorweg freien Zugriff bei allen Objekten,
die der öffentlichen Veräußerung oder Verwertung freigegeben
sind. Hierfür ist eine gewisse Entschädigung zu zahlen. Die
Abfindung erstreckt sich auf alle Fälle, die gegenwärtig zwischen
den Ländern und den fürstlichen Familien noch strittig sind.
Sie erstreckt sich nicht auf die Auseinandersetzung in Sachsen,
Anhalt, Braunschweig, Baden und Bayern.

Dieses Kompromiß ist nur unter dem Druck der großen
Bewegung für die Fürstenabfindung zustande gekom-
men. Es soll diese Bewegung hemmen. Aus diesem
Grund haben sich die Regierungsparteien dahin geeinigt, es
zu einer Voraussetzung für das Zustandekommen des
Kompromisses, daß sich keine der beteiligten Par-
teien am Volksbegehren beteiligen. Die Demo-
kratische Partei hat sich diesen Bedingungen gefügt.
Die demokratische Reichstagsfraktion veröffentlicht folgende
Mitteilung:

Die Verhandlungen der Regierungsparteien über die
Fürstenabfindung haben zu einem Ergebnis geführt, das der
demokratischen Reichstagsfraktion die Zustimmung zum Kompro-
miss ermöglicht. Die demokratische Parteileitung
erwartet nunmehr, daß die Parteifreunde sich am
Volksbegehren nicht beteiligen, das angeht die Unsicher-
heit des Ausgangs und der Bedenken gegen eine Formulierung,
die nicht erreicht werden kann, wenn eine parlamentarische
Regelung nicht erreicht würde. Die Zustimmung der demokratischen
Parteiausschüsse wird am kommenden Mittwoch erfolgen.

Die demokratische Reichstagsfraktion wendet sich mit
dieser Kundgebung gegen die große Bewegung des Volks-
begehrens, ohne die von einer Verbesserung der Ergebnisse der
Verhandlungen des Reichsausschusses niemals hätte gedacht wer-
den können. Das neue Kompromiß bleibt jedoch immer noch
unter dem Druck, was Inhalt des Volkswillens ist.
Diese neue Fiktion kann die große Volksbewegung nicht
halten. Die Demokraten als Regierungspartei haben sich
mit ihrer Kundgebung für Nichtteilnahme an dem Zu-
standekommen der Regierung selbst die Hände gebunden
und denken anders über die Notwendigkeit der Durch-
führung des Volksbegehrens als die demokratische Reichstags-
fraktion. Sie verstehen, daß man nicht einer solchen wahr-
heitswidrigen Fiktion im Kampf den Rücken kehren
kann. Die demokratische Reichstagsfraktion hat aus parla-
mentarischen Rücksichten eine schwächliche Haltung einge-
genommen. Die Demokraten im Lande werden sich an diesen
Standpunkt des Kompromisses nicht binden. Sie werden
weiter recht mit dem Volke für Demokratie und Re-
publik gegen Fürstenübermut das Volksbegehren unterstützen.
Eine so elementare, aus tiefster Empörung des
Volk hervorgegangene Bewegung kann nicht im Rahmen
parlamentarischer Kompromisse mitten im Kampf
aufgekauft werden!

Demokratische Führer gegen die Parteileitung

Die eine Anzahl führender Demokraten, darunter meh-
rere preussische Landtagsabgeordnete, Ober-
bürgermeister Dullio und Senatspräsident
Kochmann, haben sich zu einem „Anwaltsgerichtlichen Aus-
schuss zur Förderung des Volksbegehrens“ zusammengesetzt.
Dieser Ausschuss fordert die Parteileitung — zur Unterstützung des Volksbegehrens auf.
Die Parteileitung erklärt, daß sie es
nicht für eine Forderung der Gerechtigkeit empfinden,
den von hitziger, Not betroffenen Volke nicht gerade die-
sen Ausschuss zum Staat anvertrauen und zur Erfüllung von
Aufgaben bestimmen, die den Ländern hinzugeben, in
denen die Dienste sie es übernehmen und genützt haben. „Es ist
nicht tragbar“, heißt es im dem Aufruf weiter, „daß die Volks-
bewegung auch in Zukunft noch zu den reichsten Grundbesitzern

S. Austerdam, 6. März. (Eigener Draht.) In
Dorru hat vor kurzem eine Besprechung der Inter-
essenvertreter einiger früherer deutscher Fürsten unter
dem Vorsitz des Kaisers stattgefunden, bei der
gemeinsame Richtlinien für eine Gegenaktion gegen
den Volksentscheid über die Fürstenabfindung fest-
gelegt wurden. Zur Finanzierung dieser Gegenaktion wurden
in Holland sehr namhafte Beiträge flüssig gemacht. In
Amsterdamer Wörzungen ist bekannt, daß der Kaiser im
vorigen Jahr, dem Rat seiner holländischen Finanzver-
trauensleute folgend, große Summen in niederländisch-indi-
schen Kulturwerten (Rubber-Zucker) angelegt und hierdurch
bei der Riesenhaufe in diesen Werten enorme Ge-
winne erzielt hat. Es sei daran erinnert, daß die Nieder-
ländisch-Indische Kulturgesellschaft in diesem Jahre zum Teil
450, 300, 200 und 125 Prozent Dividende verteilt hat.

Fürsten Deutschlands, wahr! eure heiligsten Güter!
— lautet also die neueste Parole, die Wilhelm der Geflüch-
tete ausstößt. Die Antwort des Volkes: Einzelnen
zum Volksbegehren!

Deutschlands gehören sollen, während Tausende und aber
Tausende nach dem verlorenen Kriege weder Heim noch Herd
mehr haben.“

Kundgebung der Hamburger Demokraten

D. Hamburg, 6. März. (Eig. Draht.)
Die Volksbewegung zum Einzelnen für das Volks-
begehren gewinnt an der Wasserfront täglich mehr an
Kraft. Waren es am ersten Tage rund 7000 Personen, die
sich in die Listen einzeichneten, so zeichneten sich am zweiten
Tage bereits über 10000 ein. Die moralische Wirkung

dieser Bewegung macht sich jetzt bemerkbar durch eine Stei-
gerung der Hamburger Demokraten. Der Vor-
stand der Demokratischen Partei Hamburg hat am Freitag
beschlossen, die Mitglieder, Anhänger und Wähler der deut-
schen Demokratischen Partei zur Unterstützung des Volks-
begehrens aufzufordern. Er gibt dazu in der Presse
eine nähere Begründung, in der ausgeführt wird, daß die
Demokraten das Volksbegehren schon deswegen unterstützen
müßten, damit unter diesem Druck der ersten Volksstän-
dung der Reichstag zu besseren Beschlüssen komme. Je
mächtiger das Volksbegehren ausfällt, desto besser würde das
Reichsgesetz.

Bauernschaft und Volksbegehren

SPD. Daß die Bewegung wegen der Fürstenabfindung selbst
auf dem platten Lande trotz aller Sabotageversuche des Reichs-
landbundes starken Widerhall in Kreisen der Bauernschaft findet,
dafür wird uns ein außerordentlich bezeichnendes Beispiel gemeldet.
In dem Dorfe Kuldshof in Mecklenburg waren bereits
am ersten Tage alle Stimmberechtigten bis auf einen
Bauern und seine Frau in die Liste für das Volksbegehren ein-
gezeichnet. Das Dorf ist ein reines Bauerndorf, in dem
fast alle Stimmen für die Linkspartei nur in ganz geringem Maße
gewonnen werden konnten.

Das Beispiel in Mecklenburg wird auch in anderen Landes-
teilen ein Echo finden, wo sich die Bauernschaft von den partei-
demagogischen Versuchen des Reichslandbundes freigemacht hat.

Königsberg, 6. März. (Eig. Draht.) Die Stimmung für
das Volksbegehren in Ostpreußen ist sehr gut, die Versammlungen
der SPD. sind überfüllt. Allerdings machen sich Sabotageversuche,
besonders auf dem Lande, sehr stark bemerkbar. Die Einzelbewegun-
gen sind in fast allen Orten bei den Bauern vornehmlich selbst aus-
geleitet. Die Eintragungszahlen sind so gemächlich, daß die Arbeiter sie
nicht ohne Arbeitszeitverlust einhalten können. Selbst in Königs-
berg sind in einigen Bezirken die Eintragungszahlen an fast unvor-
stehbaren Stellen eingeträcht. Trotzdem sind in den ersten beiden
Tagen in Königsberg über 2000 Eintragungen, insbesondere in den
Arbeitervierteln, erfolgt.

Briands Sturz und der Völkerbund

Rücktritt aus innerpolitischen Gründen — Briands unveränderte Außenpolitik im Völkerbundsrat
Von unserm Pariser Mitarbeiter

P. Paris, 7. März. (Eigener Draht.)
Briand hat ein tragisches Geschick. Genau wie im
Jahre 1921 ist er gefallen in dem Augenblick, da er sich an-
schickte, die Früchte seiner auf die Befriedigung Europas ge-
richteten Außenpolitik zu ernten. Damals waren es Pain-
levé und Millerand, die ihn mitten in der Konferenz
von Cannes zu Fall brachten, am dem Tage, da Briand von
Kloyd George verbindende Zusicherungen nicht nur hinsichtlich
der englischen Garantie für die Sicherheit, sondern vor allem
auch hinsichtlich einer Annulierung der französischen Kriegs-
schuld erhalten hatte. Diesmal erlitt Briand das Schicksal
wenige Stunden vor der geplanten Reise nach Genf,
wo mit dem Eintritt Deutschlands in den
Völkerbund die Politik von Locarno ihre Krönung
finden soll.

Im Gegensatz zu damals ist es diesmal nicht die Außen-
politik Briands, die seinen Sturz herbeigeführt hat und die
durch seinen Rücktritt als gefährdet anzusehen war. Der
Triumph, der Briand bei der Debatte über die Ver-
träge von Locarno in der Kammer beschieden war,
sicher der Neuorientierung, die die französische Außenpolitik
durch den Sieg der Vinten im Jahre 1924 erfahren und nach
Perrot und Painlevé in Briand einen ebenso überzeugten
wie geschickten Vorkämpfer gefunden hat, Beständigkeit
und Dauer. Es darf in diesem Zusammenhang als be-
sonders erfreulich bezeichnet werden, daß sich Briand, ent-
gegen seiner ursprünglichen Absicht, durch das Drängen
seiner politischen Freunde hat bestimmen lassen, ohne Rück-
sicht auf die Kabinettspolitik nach Genf zu fahren und dort,
wenn auch nicht an den offiziellen Sitzungen des Völker-
bundes, so doch wenigstens an den Besprechungen mit den
Regierungschefs der beteiligten Länder teilzunehmen. Eine
Verständigung über die dort zur Diskussion stehende heikle
Frage der Erweiterung des Völkerbundes, über die es ums
hoar zu einem Konflikt gekommen wäre, würde durch das
Fernbleiben eines so außerordentlich geschickten Vermittlers,
als der sich Briand in Locarno erwiesen hat, nicht erleichtert
worden sein.

Das Kabinett Briand ist genau wie seine Vorgänger,
das Kabinett Perrot und die beiden von Painlevé geleiteten
Ministerien,

über die Finanzfragen zu Fall gekommen.
In Wirklichkeit ist Briand das Opfer seines Fi-
nanzministers Doumer geworden. Der doppelte

Fehler, der ihm zum Verhängnis geworden ist, war, daß er
einmal die Frage der finanziellen Sanierung als ein rein
technisches Problem angesehen hat und es einer „politischen“
Lösung entgegenzuführen zu können glaubte; ferner,
daß er, als dies Experiment in der Kammer ein tragisches
Fiasco erlitten hatte, dem Finanzminister Doumer freie
Hand gelassen hat, den Senat gegen die Kammer
auszuspielen. Eine Zeitlang hatte es geschienen, als ob die
Kammer, eingeschüchert durch den von der Rechten sehr ge-
schickt ausgelegten Feldzug der Presse gegen die angebliche
Impotenz des Parlaments, vor Doumer kapitulieren und die
Vorlage in der Form, wie sie vom Senat unter offenkundiger
Verletzung der Verfassung verabschiedet worden war, schluden
würde. Die Finanzkommission der Kammer war in der Tat
bereits umgefallen, sie hatte der Kammer die Annahme nicht
nur der von ihr vor knapp 14 Tagen abgelehnten indirekten
Steuern, sondern auch der Doumerchen Zahlungssteuer
(Quittungssteuer), für die sich in der ersten Lesung nur 112
Stimmen gefunden hatten, empfohlen.

Die scharfe Mißbilligung, die diese Beschlüsse der Kom-
mission sowohl bei der Fraktion wie beim Parteivorstand
der Radikalsocialen gefunden hatten, war das erste Warnungs-
signal, daß es im Plenum nicht so glatt gehen würde.
Zunehmend hat man sich am Freitag abend daran gedacht,
daß die Regierung mit Unterstützung der gemäßigten und
rechten Mittelgruppen und bei genügender Stimmhaltung
der Rechten eine knappe Mehrheit erhalten würde. Diese
Möglichkeit der Lösung hat dann ein von dem radikalsocialen
Abgeordneten Margaine eingebrachter Antrag auf Schaffung
eines Monopols für Zucker und Petroleum

durchkreuzt. Die Rechte hatte von der Regierung verlangt,
daß sie gegen diesen von ihr als „stark sozialisti-
sches Experiment“ bezeichneten Antrag die Ver-
trauensfrage stellen sollte, und als Briand dieses ab-
lehnte und durch Doumer den radikalsocialen Antrag als
durchaus erwägenswert bezeichnet ließ, hat die Rechte das
zum Vorwand genommen, um der Regierung die Gefolgs-
schaft zu kündigen und sich auf diese Weise von der Verant-
wortung für die Bewilligung unpopulärer Steuern zu
drücken.

Die sozialistische Fraktion hatte an der Auf-
stellung des ursprünglich von der Finanzkommission einge-
brachten Sanierungsprogramms aktiven Anteil genommen.
Sie hatte schweren Herzens der Schaffung von nahezu zwei